

Antrag an die 28. Landeskonferenz der JU Berlin am 05. Mai 2013

Die Landeskonferenz der Jungen Union Berlin hat beschlossen:

Bessere Bildung für Berlin – es bleibt viel zu tun!

I. Einleitung und Problemstellung

Seit etwa anderthalb Jahren ist die CDU wieder an der Regierung Berlins beteiligt. Vieles konnte seither zum Wohle unserer Stadt erreicht werden. Im Bereich Bildung, der im Senat vom Koalitionspartner SPD verantwortet wird, steht jedoch noch die Erfüllung vieler unserer im Wahlkampf angestrebten Ziele aus.

Wir fordern die CDU deshalb auf, im Senat sowie im Abgeordnetenhaus darauf hinzuwirken, dass insbesondere die folgenden Punkte endlich angegangen werden.

II. Unterrichtsausfall

Der Unterrichtsausfall ist seit Beginn der Legislaturperiode gestiegen. Die Wiedereingliederungsmaßnahmen für dauerkranke Lehrer zeigen bisher kaum Wirkung. Der Unterrichtsausfall muss deshalb mit einer Sofortmaßnahme durch die Besetzung offener Stellen und die Einstellung zusätzlicher Lehrer als Reserve für die dauerhaft kranken Lehrer umgehend eingedämmt werden. Solange die anderen Bundesländer nicht bereit sind, die Verbeamtung von Lehrern aufzugeben, muss auch Berlin, wie zuletzt auch von der CDU beschlossen, dringend wieder zur Verbeamtung zurückkehren.

III. Überlastung der Schüler

Mit der Entschlackung des Unterrichtsstoffes ist Berlin bisher nicht gut vorangekommen. Die Lehrpläne müssen deshalb im Einvernehmen mit den Schulen umgehend auf Anpassungsbedarf überprüft und nachhaltig reduziert werden. Die Anpassung darf keine neue Unruhe in Schulen bringen, sondern muss sorgfältig vorbereitet werden. Auch muss Berlin angesichts der Tendenz zur bundesweiten Angleichung von Bildungsstandards mit dieser Zielrichtung auch auf die Rahmenpläne bundesweit Einfluss nehmen.

IV. Schülerlotterie

Der Weg Berlins, Plätze an Schulen teilweise per Lotterie zu vergeben, ist ein bundesweit einmaliges Verfahren - und ein Irrweg. Selbst SPD-Bildungspolitiker in anderen Bundesländern sehen dies ein. Das Verlosen von Schulplätzen muss sofort beendet werden. Die Auswahl sollte durch die Schule selbst erfolgen und in einem transparenten und rechtssicheren Verfahren stattfinden. Kriterien sollten sein: persönliche Gespräche, außerschulische Qualifikationen, Tests sowie der Interessenschwerpunkt der Schule.

40 **V. Sprachdefizite bei der Einschulung**

41

42 Mangelhafte Deutschkenntnisse stellen für viele Schülerinnen und Schüler noch immer ein
43 großes Problem dar. Die bisher getroffenen bzw. vorbereiteten Schritte zur Verhängung
44 von Bußgeldern bei Nicht-Antritt zum Pflichtsprachtest der Schulanfänger reichen bei
45 Weitem nicht aus!

46 Die außerfamiliäre Spracherziehung beginnt in den Kitas. Diese sind jedoch noch immer
47 schlecht ausgestattet. Die Erzieherinnen und Erzieher sind oft nicht ausreichend für die
48 Sprachausbildung qualifiziert. Die Sprachlerntagebücher müssen zwar mit hohem Aufwand
49 geführt werden; ihr Nutzen ist allerdings meist sehr gering, da die Grundschulen oftmals
50 nur wenig Interesse bzw. kaum die Fähigkeiten haben, daraus geeignete Maßnahmen für
51 eine verbesserte Sprachentwicklung abzuleiten. Hier muss dringend auf eine Verbesserung
52 der Verzahnung von Kita und Schule hingewirkt werden!

Antragsteller: Der Landesvorstand der Jungen Union Berlin